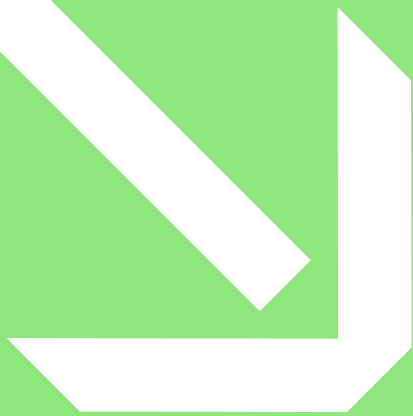


Nachwuchs
architekt:innen
tag → 2026



Positions- papier

21 Positionen, Forderungen
und Selbstverpflichtungen

Karlsruhe, 23.10.2026

Die Ergebnisse des NAT:26

Am 23. Oktober 2026 brachte der Nachwuchsarchitekt:innen-tag (NAT) am KIT Karlsruhe Studierende, Berufseinsteigende, Lehrende sowie Vertreter:innen aus Praxis und Kammern zusammen. Fachliche Impulse und Workshops förderten den disziplin- und generationenübergreifenden Austausch über die Zukunft von Planung, Ausbildung und Berufspraxis. Daraus entstanden gemeinsame Positionen, Forderungen und Selbstverpflichtungen.

Angesichts der Polykrise und ihrer miteinander verflochtenen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen braucht verantwortungsvolle Planung gemeinsames, koordiniertes Handeln mehr denn je. Mit diesem Anspruch führte der NAT:26 unterschiedliche Perspektiven zusammen, um Wissen zu teilen und Zielkonflikte auszuhandeln. Entscheidend ist, unterschiedliche Perspektiven produktiv zu verhandeln und die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu stärken.

Das Positionspapier dokumentiert die 21 gemeinsam erarbeiteten Positionen und ihre Begründungen ohne Gewichtung und macht die Ergebnisse über den Veranstaltungstag hinaus zugänglich. Im Abschlussplenum des NAT wählten alle Teilnehmenden fünf Positionen als besonders dringliche Impulse.

Gemeinsam entschieden handeln

Alle Positionen des NAT:26 geben Nachwuchs, Lehre, Praxis und Kammern Orientierung und Anstoß für konkrete Veränderungen. Ihr Stellenwert liegt in ihrer langfristigen Nutzbarkeit für eine verbindliche und lebendige Zusammenarbeit über den NAT hinaus.

Mehr auf www.bak.de/nachwuchstag und www.nexture.plus

Der NAT:26 wurde gemeinsam von der Bundesarchitektenkammer, den federführenden Architektenkammern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes sowie nexture+ ausgerichtet.

Die 5 dringlichsten Positionen:

- Gebäude sind zu erhalten und weiter zu nutzen. Jeder Abriss bedarf einer Zustimmung nach Prüfung der ökologischen und sozialen Auswirkung!
- Macht die Kammern gesellschaftsrelevant durch überraschende Bündnisse, zukunftsweisende Positionen und maximale Präsenz.
- Experimentelle Planungsinstrumente erhalten Rückendeckung — Wohnen darf nicht mehr als Spekulationsgegenstand genutzt werden. Wertewandel jetzt!
- Wir fordern Standards, auch für Gehalts-situationen, und echtes Mentoring in der Einstiegsphase sowie Kostenübernahme und Freistellung für Fortbildungen.
- Die Architektur und Planungsberufe müssen an demokratische Grundwerte gebunden werden und sie in ihrer Praxis fördern.



Vom Festgesetzten hin zu einer offenen Aushandlung von Konflikten und dem Politischen in Planung – für Konfliktkompetenz in Ausbildung und Praxis.

Planung ist nie technisch oder theoretisch neutral: Räumliche Entscheidungen betreffen Interessen, Machtverhältnisse und unterschiedliche Auffassungen von Gemeinwohl. Der Unterschied zwischen institutioneller Politik und dem Politischen zeigt: Konflikte lassen sich nicht durch starre Routinen oder angebliche Sachzwänge auflösen. Ein agonistisches Planungsverständnis sieht Dissens im Grunde als notwendigen Bestandteil demokratischer Aushandlung. Statt auf schnellen Konsens zu drängen, sollten Planende Konflikte offenlegen, gegensätzliche Positionen respektieren und tragfähige Entscheidungen ermöglichen. Strategische Konfliktkompetenz braucht differenzbewusste Eigen- und Fremdwahrnehmung, Empathie und Moderationsfähigkeit, die wie ein Muskel aktiv trainiert werden sollte! Diese Haltungen müssen in Ausbildung und Praxis verstärkt gelernt und angewendet werden.

Diese Position kommt aus Workshop 1A:
„Paradigmenwechsel: Vom Anspruch zum Handeln“

2.

Über unsere Kernkompetenzen hinaus zur Transdisziplinarität — Mutig an den notwendigen Veränderungen der Rahmenbedingungen mitwirken.

Polykrise und Megatrends zeigen: Die Planungsinstrumente stecken in der Krise. Normen, Ausschreibungen und Verwaltungsroutinen behindern oft notwendige Veränderungen. Hyperspezialisierung und institutionelle Silos erschweren gemeinsames Handeln. Selbst gute Entwürfe scheitern am Umsetzungsrealismus — Gestaltung darf sich nicht auf Ästhetik beschränken. Deshalb sollten Planende ihre räumlich-gestalterischen Kompetenzen auch außerhalb des Projektauftrags einsetzen und ihr Mandat erweitern. Transdisziplinarität vereint Wissen, Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Statt auf Standardlösungen zu setzen, braucht es kontextspezifische Strategien und eine iterativ-konfliktbewusste Planungskultur, die Regeln, Planungsinstrumente und Entscheidungsstrukturen gemeinsam und mutig verändert.

Diese Position kommt aus Workshop 1B:
„Paradigmenwechsel: Vom Handeln zur Transformation“

3.

Digitale Transformation und Kompetenzen müssen bundesweit durch Pflichtmodule (Lehre), Praxissemester (Büro) und Weiterbildungen (Kammern) etabliert werden.

Ausgangspunkt war die Lernlücke zwischen Hochschule und Büroalltag: Wer vermittelt die digitalen Kompetenzen, die Planende heute brauchen, und wie kommen Lehre und Praxis dabei zusammen? In der Diskussion zeigte sich, dass Theorie und Praxis zu wenig verbunden sind: Praxiserfahrung fehlt in der Lehre, Büros sind zu wenig an die Ausbildung gebunden, und der Austausch zu digitalen Tools und BIM kommt zu kurz. Deutlich wurde, dass digitale Transformation keine Aufgabe einer einzelnen Institution ist, sondern ein gemeinsamer Lernprozess von Studierenden, Berufseinsteiger:innen und Planenden. Daraus folgt der Wunsch nach einem verbindlichen, bundesweit standardisierten Grundsystem, das Hochschulen, Büros und Kammern gemeinsam tragen. So wird die Lernlücke dort geschlossen, wo sie entsteht.

Diese Position kommt aus Workshop 2A:
„Lernlücke: BIM zwischen Arbeitsraum und Büroalltag“



Digitale Prozesse treiben die Bauwende voran, wenn offene Standards neue Formen der Zusammenarbeit ermöglichen und die Souveränität der Planenden sichern.

Digitale Transformation ist weit mehr als BIM. KI, neue Werkzeuge und vernetzte Prozesse eröffnen Chancen, unsere Zusammenarbeit grundlegend zu verändern: innerhalb der Büros, zwischen den Disziplinen und mit der Gesellschaft. Gemeinsame Daten und zentrale Plattformen schaffen neue Möglichkeiten, Wissen zu teilen, alte Strukturen aufzubrechen und dynamischer zu arbeiten. Im Workshop überwogen die Chancen, zugleich wurde die wachsende Abhängigkeit von Software und Herstellern kritisch gesehen. Damit digitale Innovation nicht zu neuer Fremdbestimmung führt, brauchen wir offene Standards, Datenhoheit und unabhängige Strukturen. Die Architekturkooperative ARKO, die neue Daten-genossenschaft der Kammern, kann dafür ein zentraler Baustein werden. Denn die digitale Zukunft unserer Berufspraxis sollten wir selbst gestalten.

Diese Position kommt aus Workshop 2B:
„Werkzeug zum Wandel: Wie verändert Digitalisierung unsere Planungspraxis?“

5.

Individuelle Zufriedenheit und gemeinsamen Erfolg durch verbindliche Reflektionsschleifen fördern.

Die Untersuchung der immateriellen Arbeitsbedingungen zeigt, dass kollektive Zufriedenheit und langfristiger Teamerfolg nicht allein durch organisatorische Maßnahmen entstehen, sondern vor allem auf individuellen Bedürfnissen und Erfahrungen der Mitarbeitenden aufbauen. Faktoren wie eine offene Gesprächs- und Fehlerkultur, gegenseitige Wertschätzung sowie die Anerkennung der eigenen Leistung bilden dabei die Grundlage für Motivation, Vertrauen und Zugehörigkeit. Um diese Faktoren nachhaltig zu stärken, sind verbindliche Reflexionsschleifen erforderlich. Regelmäßig terminierte Gespräche in unterschiedlichen, auch informellen Atmosphären schaffen Raum für Feedback, persönliche Entwicklung und offenen Austausch. Werden solche Formate durch den Arbeitgeber verlässlich zugesichert und eingehalten, fördern sie sowohl die individuelle Zufriedenheit als auch den Zusammenhalt im Team und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zum gemeinsamen Erfolg.

Diese Position kommt aus Workshop 3A:
„Gemeinsam. Fair. Arbeiten – Immaterielle Arbeitsbedingungen“



Wir fordern Standards, auch für Gehaltssituationen, und echtes Mentoring in der Einstiegsphase sowie Kosten- übernahme und Freistellung für Fortbildungen.

Faire Arbeitsbedingungen sind in der Planungsbranche keine Selbstverständlichkeit. Für Berufseinsteiger:innen ist es schwierig, diese erfolgreich zu verhandeln. Die Gehaltsstrukturen sind meistens nicht bekannt und die Überstundenkultur zieht sich aus dem Studium bis in den Planungsalltag. Statt der aktuell geforderten Anleitung ist ein echtes Mentoring im Unternehmen erforderlich, damit Berufseinsteiger:innen in der Einstiegsphase die nötige Orientierung und Unterstützung erhalten und sich willkommen fühlen. Angesichts der heterogen und vielfältigen Bürolandschaften der Planungsbranche, sollten Standards für den Berufseinstieg entwickelt werden. Diese sollten Angaben zur Gehaltssituation beinhalten und festlegen, dass Juniormitglieder für Fortbildungen freigestellt und die Kosten dafür übernommen werden.

Diese Position kommt aus Workshop 3B:
„Gemeinsam. Fair. Arbeiten – Materielle Arbeitsbedingungen“



Für Solidarität und Gleichberechtigung braucht es Reflexion bestehender Strukturen, vielfältige Sichtbarkeit und das Beenden ungerechter Machtverteilungen.

Um Intersektionalität zu etablieren, ist es wichtig, laut zu sein und Selbstwirksamkeit zu stärken. Doch beides hat Grenzen, solange ungerechte Strukturen existieren. Für mehr Solidarität und Chancengleichheit reichen individuelle Appelle wie „Sei mutiger!“ bzw. ein Engagement derjenigen, die von Diskriminierungen betroffen sind, nicht aus. Vielmehr braucht es Veränderungen auf struktureller Ebene, die unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen, Handlungsspielräume schaffen und Barrieren abbauen. Deshalb sind alle Systembeteiligten gefordert, bestehende Strukturen kritisch zu reflektieren, vielfältige Perspektiven und Sichtbarkeit zu fördern und ungleiche Machtverhältnisse aktiv zu verändern.

Diese Position kommt aus Workshop 4A:
„Intersektionalität etablieren: Raum für neue Strukturen“

8.

Entscheidungsträger:innen müssen ein Bewusstsein für diverse Lebensrealitäten entwickeln und Verantwortung für das Vorantreiben von Veränderung übernehmen.

Patriarchale Strukturen, Sexismus, Rassismus und Ableismus sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, vor denen auch wir als Planungsbranche die Augen nicht verschließen dürfen. Ob Gender-Pay-Gap, nicht barrierefreie Räume, White Privilege oder ein ungleicher Bildungszugang — bestehende Ungleichheiten zeigen noch immer, wie dringend Veränderung nötig ist. Indessen braucht es Entscheidungsträger:innen, die Verantwortung übernehmen und ihre Gestaltungsmacht bewusst einsetzen und teilen. Nur wer unterschiedliche Lebensrealitäten und Perspektiven aktiv einbezieht, kann Barrieren erkennen, eigene Privilegien und Wahrnehmungslücken reflektieren und Veränderungen anstoßen, die Teilhabe und Chancengerechtigkeit nachhaltig stärken.

Diese Position kommt aus Workshop 4B:
„Intersektionalität etablieren: Raum für neue Rollen“



Gebäude sind zu erhalten und weiter zu nutzen. Jeder Abriss bedarf einer Zustimmung nach Prüfung der ökologischen und sozialen Auswirkung!

Die Bauwende erfordert einen grundlegenden Wandel unserer gesellschaftlichen, planerischen und rechtlichen Entscheidungskultur. Bereits die Formulierung von Bauaufgaben nimmt häufig den Umgang mit dem Gebäudebestand vorweg, ohne dessen ökologische, materielle und soziale Werte angemessen zu berücksichtigen. Der Abriss ist jedoch keine folgenlose Einzelentscheidung, sondern ein irreversibler Eingriff in Ressourcenbestände, Klimabilanzen und gewachsene räumliche Strukturen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gesetzlich verankerten Zustimmungspflicht auf Grundlage einer transparenten, fachlich fundierten Folgenabwägung. Die Entscheidungsfreiheit über den Gebäudebestand muss dort rechtlich begrenzt werden, wo ihre Folgen gesamtgesellschaftlich zu tragen sind.

Diese Position kommt aus Workshop 5A:
„Umbau als neuer Standard“

Weiterbauen ist Mehrwert — wir zeigen was Bestand kann.

Vermittlung, Kommunikation und best practice sind die Grundlagen, um die Themen Weiterbauen und Re-Use aus dem fachlichen Diskurs in die Gesellschaft zu tragen. Das Zukunftsbild ist eine Architekturpraxis, in der Kommunikation, Kooperation und gesellschaftliche Verantwortung ebenso zentral sind, wie Entwurf und Konstruktion. Um Sanierung und Umbau so zu gestalten, dass sie als Qualitätsversprechen wahrgenommen werden und nicht als Verzichtslösung, werden Architekt:innen zu Moderator:innen komplexer Prozesse. Der Projekterfolg wird nicht nur an Kosten und Terminen gemessen, sondern auch an Klimawirkung, Ressourceneffizienz und gesellschaftlichem Mehrwert.

Die Position wurde bewusst nicht als Forderung formuliert, sondern als gemeinsame Absichtserklärung, unsere Expertise in diesem Sinne einzusetzen und damit einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

Diese Position kommt aus Workshop 5B:
„Weiterbauen als gesellschaftlicher Dialog“



Interdisziplinarität muss in allen raumprägenden Disziplinen nach dem Grundstudium Pflicht sein!

Räumliche Herausforderungen gehören zu den Wicked Problems (Planungs- bzw. sozialpolitische Probleme, die sich nicht eindeutig abgrenzen, abschließend formulieren oder durch eine objektiv optimale Lösung auflösen lassen; nach Rittel und Webber, 1973): Unterschiedliche Interessen, Abhängigkeiten und Zielkonflikte greifen ineinander und lassen sich nicht aus einer einzigen Fachperspektive bearbeiten. Umso widersprüchlicher ist es, dass raumprägende Disziplinen im Studium meist getrennt voneinander lernen und der Austausch oft von Eigeninitiative abhängt. Was dort nicht erprobt wird, erschwert später die Zusammenarbeit in der Praxis. Deshalb braucht es aufbauend auf der fachlichen Grundausbildung verbindliche interdisziplinäre Projekte, in denen wir lernen, Perspektiven zu wechseln, Probleme gemeinsam zu definieren und mit Zielkonflikten umzugehen. Damit sich dieses gegenseitige Verständnis auch im Berufsalltag entwickeln kann, brauchen wir frühzeitig verbindliche Arbeitsstrukturen, die Raum und Zeit für gemeinsame Entscheidungsprozesse und ergebnisoffenes Arbeiten bieten.

Diese Position kommt aus Workshop 6A:
„Interdisziplinarität ist keine Haltung, sondern eine Arbeitskultur.“

12.

Wir fordern die „Leistungsphase A“ statt „Phase 0“ und die verbindliche Verankerung der Transdisziplinarität als Basis ganzheitlicher Lösungen.

Die bisherige Bezeichnung „Phase 0“ soll als eigenständige „Leistungsphase A“ anerkannt werden, um die Bedeutung dieser frühen Planungsphase zu stärken. Eine proaktive regionale Lobbyarbeit soll die Anerkennung und Verankerung dieser frühen Planungsphase in der Planungspraxis stärken. Transdisziplinarität soll als fester Bestandteil der Leistungsphase A etabliert werden. Die frühzeitige Einbindung relevanter Disziplinen und Akteur:innen ermöglicht ein gemeinsames Problemverständnis und die Entwicklung abgestimmter Handlungsansätze. Dafür braucht es eine rechtliche und honorarrechtliche Absicherung. Beteiligungsprozesse sollen inklusiv und maßstabsgerecht gestaltet sowie bei Bedarf wiederholt werden. Kammern und Verbände sollen diese Ziele durch aktive berufspolitische Arbeit unterstützen.

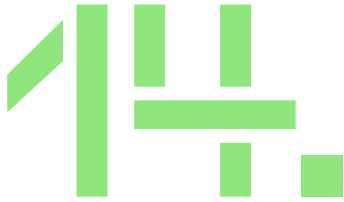
Diese Position kommt aus Workshop 6B:
„Transdisziplinarität beginnt vor dem Projekt – oder sie beginnt zu spät.“

13.

Wir sind alle Lehrende und Lernende. Wir fordern beidseitige Verantwortungsbereitschaft und didaktische Kompetenzen für Gestalten auf Augenhöhe.

Mit anhaltendem sozialem, ökonomischem und ökologischem Wandel sowie rasantem technischem Fortschritt verschiebt sich die Rolle der Hochschulen von Institutionen des Wissens hin zu Orten des Diskurses und des Experimentierens. Die Planungspraxis diversifiziert sich und wird dynamischer, sodass Lernprozesse nach Beendigung eines Studiums nicht mehr als abgeschlossen gelten können. Damit verändern sich auch Rollenverständnisse. Wenn gemeinsam Lösungsansätze ausprobiert, erprobt und weiterentwickelt werden müssen, wird Lernen zum Prozess des Miteinanders auf Augenhöhe. Dies erfordert beidseitig kontinuierliche Bereitschaft an Lernprozessen und die entsprechenden Fähigkeiten, diese weiterzuentwickeln. Anknüpfend an individuelle Expertisen und Erfahrungen entsteht so ein Diskurs, der allen Beteiligten und dem Berufsstand Neues bringen kann.

Diese Position kommt aus Workshop 7A:
„Lernlabor: Methoden des Miteinanders“



Das Studium ist auf eine zu enge Berufspraxis ausgelegt. Es muss Reflexion, Entwicklungsfähigkeit und Prozessgestaltung interdisziplinär priorisieren.

In Zeiten von Polykrisen und Wicked Problems (Planungs- bzw. sozialpolitische Probleme, die sich nicht eindeutig abgrenzen, abschließend formulieren oder durch eine objektiv optimale Lösung auflösen lassen; nach Rittel und Webber, 1973) verändern sich die Aufgaben und Herausforderungen, mit denen Planende konfrontiert sind. Neben der Gestaltung als Kernkompetenz wird das Aufgabenspektrum breiter und dynamischer, während das Studium auf ein eng gefasstes Berufsbild vorbereitet. Dieses Spannungsfeld zeigt sich auch in den Zulassungsvoraussetzungen der Architekt:innenkammern. Doch für eine zukunftsgerichtete Berufspraxis müssen persönliche und soziale Kompetenzen feste Lernziele im Studienverlauf werden. Das kritische Hinterfragen, Weiterentwickeln und Neugestalten von Prozessen, Aufgabenstellungen sowie Entwurfsansätzen muss stärker gewichtet werden. Es braucht entsprechende Strukturen, um diesen Kompetenzerwerb zu begleiten. Mitunter können durch interdisziplinäre Projekte Expertisen gestärkt und Perspektivwechsel ermöglicht werden.

Diese Position kommt aus Workshop 7B:
„Lernlabor: Kompetenzen der Transformation“

15.

Wohnen der Zukunft braucht vielfältige Lösungen und gemeinschaftliche Impulse, die langfristig und flexibel nutzbar sind. Insbesondere durch Autarkie.

Wohnraum ist geprägt von ungleichen Eigentumsverhältnissen, sanierungsbedürftigem Bestand und unwirtschaftlich verteilten Flächen. Vor allem in Ballungsräumen sind Flächen nicht den Bedürfnissen entsprechend verteilt. Hinzu kommen Urbanisierung und Gentrifizierung. Zukünftiges Wohnen sollte schnelle Veränderungen im Alltag und geänderte Bedürfnisse an Platz zulassen. Gleichzeitig soll Gemeinschaft gefördert, aber Rückzug ermöglicht werden. Selbstverwaltetes Eigentum und Energieversorgung sowie ein Umdenken beim Flächenbedarf in Stadt oder Land entzerrt die angespannte Lage.

Diese Position kommt aus Workshop 8A:
„Gemeinschaftlich, ökologisch, wandelbar. Wie sieht das Wohnen der Zukunft aus?“

16.

Experimentelle Planungsinstrumente erhalten Rückendeckung – Wohnen darf nicht mehr als Spekulationsgegenstand genutzt werden. Wertewandel jetzt!

Die Wohnungsfrage in Deutschland ist nicht gelöst. Der Markt konnte und wird es nicht regeln können. Wohnen muss als zentraler Teil der Daseinsvorsorge verstanden und der Spekulation entzogen werden. Im Diskurs um ein Recht auf bezahlbares Wohnen müssen wir als Planer:innen Haltung zeigen. Es bedarf mutiger und innovativer Lösungen auf allen Ebenen. Kommunale Planungsinstrumente wie bspw. Konzeptvergabe und Bodenbevorratung sind vermehrt anzuwenden. Es braucht Umbau- und Sanierungsstrategien sowie ein aktives Leerstandsmonitoring vor Neubau. Die Förderung von Reallaboren und gemeinwohlorientierten Akteur:innen sollte zur Regel werden. Dabei gilt es, (bauliche) Standards zu hinterfragen, den ländlichen Raum zu stärken und neue Perspektiven für gutes und bezahlbares Wohnen zu entwickeln.

Diese Position kommt aus Workshop 8B:
„Welche Planungsinstrumente können die Wohnqualität und -versorgung verbessern?“



Partizipation erfordert eine frühzeitige Teilhabe! Entwicklung erkennen, aufzeigen, allen Akteuren in einfacher Sprache vermitteln, muss das Ziel sein.

Partizipation beginnt nicht erst mit der Beteiligungsveranstaltung, sondern bindet verschiedene Akteur:innen frühzeitig in Planungsprozesse ein. Planungsideen und ihre Entwicklung müssen über unterschiedliche Kanäle und Medien verständlich und zugänglich vermittelt werden, damit alle Betroffenen sie mitgestalten können. Es braucht Vertrauen, offene Strukturen und Räume zum Erproben. Zwischennutzungen können ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu wirksamer Beteiligung sein: Sie schaffen Räume, in denen Ideen gemeinsam erprobt, zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt und neue Formen der Zusammenarbeit und Kooperation entwickelt werden können. Dafür ist bei Planung und Verwaltung ein Umdenken erforderlich: Teilhabe und Ko-Produktion müssen als gemeinsame Aufgabe und grundlegende Haltung in der Planung verankert werden.

Diese Position kommt aus Workshop 9A:
„Beteiligungsprozesse initiieren. Wie erkenne ich, ob Beteiligungsprozesse notwendig sind?“

18.

Wir fordern zur Qualitätssicherung von Lehre und Berufsstand, Partizipation als integralen Bestandteil über alle Leistungsphasen (0–10) zu verankern!

Für wen und mit wem gebaut wird, prägt unser Zusammenleben. Baukultur braucht daher eine Planungskultur, die Teilhabe von Anfang an ermöglicht und fragt: Wen haben wir vergessen?

Gute Beteiligung braucht Transparenz, Kontinuität und Verlässlichkeit. Werden Erwartungen geweckt und anschließend enttäuscht, kann das Vertrauen in Politik und Demokratie geschädigt werden. Kommunikative Planung erfordert Wissen, Zeit und Budget. Partizipationsmethoden müssen daher fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung aller sein, die Bauvorhaben planen oder verantworten.

Partizipation soll zum selbstverständlichen Qualitätsmerkmal guten Bauens werden. Noch vor der eigentlichen Planung (Phase 0) müssen betroffene Personengruppen einbezogen werden. Auch nach der Fertigstellung sollte Partizipation Teil der Nutzungsbegleitung (Phase 10) sein und zur Beurteilung und kontinuierlichen Verbesserung der gebauten Umwelt beitragen.

Diese Position kommt aus Workshop 9B:

„Beteiligungsprozesse begleiten. Wie beteilige ich mich, welchen Beitrag leiste ich?“

19.

Kammern werden aktiv, zeigen Präsenz, baut niedragschwellige Zugänge auf und bindet den Nachwuchs frühzeitig sowie verbindlich ein.

Im Workshop diskutierten die Teilnehmer:innen, wie die Kammer für den Nachwuchs relevant bleibt. Dabei entstand die Schuh-löffel-Metapher als prägnantes Bild für den notwendigen Perspektivwechsel: Nicht der Nachwuchs soll sich mühsam in bestehende Strukturen einfinden — die Kammer muss den Einstieg erleichtern. Dafür braucht es aktive Ansprache, Präsenz an Hochschulen, niedragschwellige Formate und einheitlichere Zugangsstrukturen. Der Titel Junior-Architekt:in soll einen konkreten Anreiz schaffen und den Wert der Mitgliedschaft stärken. Die im Workshop entstandene Gravitation-Metapher fordert eine bedürfnisorientierte Kammer mit Anziehungskraft, die angestellte Mitglieder stärker vertritt, durch spürbaren Mehrwert und sichtbare Außendarstellung neue Mitglieder gewinnt, sie langfristig bindet und zu stärkerem Engagement innerhalb der eigenen Reihen motiviert.

Diese Position kommt aus Workshop 10A:
„Innenperspektive“

20.

Macht die Kammern gesellschaftsrelevant durch überraschende Bündnisse, zukunftsweisende Positionen und maximale Omnipräsenz.

Im Workshop hinterfragten die Teilnehmer:innen, wie Kammern mit ihren Botschaften sowohl bei der Politik als auch in der Gesamtgesellschaft die Wahrnehmungsschwelle überwinden können. Für politische Relevanz haben sich zukunftsfähige, pointierte Positionierungen bewährt — besonders in überraschenden Bündnissen. Doch wie lassen sich Themen des Berufsstands so emotional vermitteln, dass sich jede über schlechte Architektur ebenso aufregt wie über einen Arzttermin in einem halben Jahr? Dafür müssen Kammern über den eigenen Berufsstand hinausdenken, gesellschaftliches Interesse schaffen und ihre Anliegen verständlich und sichtbar machen. Der Wunsch: Omnipräsenz — in politischen Debatten, Bildungsplänen, Medien und Zivilgesellschaft. Kammern sollen nicht nur reagieren, sondern mit klaren Positionen und neuen Allianzen öffentliche Debatten aktiv mitprägen und Architektur als gesellschaftsrelevantes Thema verankern.

Diese Position kommt aus Workshop 10B:
„Außenperspektive“

Die Architektur und Planungsberufe müssen an demokratische Grundwerte gebunden werden und sie in ihrer Praxis fördern.

Architektur und Planung prägen unser Zusammenleben: Sie entscheiden mit darüber, wer Zugang zu Räumen erhält, wessen Bedürfnisse berücksichtigt werden und wer ausgeschlossen wird. Daraus erwächst eine Verantwortung für Menschenwürde, Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe. Angesichts rechtsextremer und demokratiefeindlicher Einflussnahme braucht es eine klare Haltung, die im Berufsalltag wirksam wird. Demokratische Grundwerte müssen deshalb verbindlicher Maßstab in Ausbildung, Berufsausübung und Selbstverwaltung sein. Das bedeutet, Planungsprozesse transparent und zugänglich zu gestalten, diskriminierende Strukturen abzubauen und die Mitwirkung an menschenfeindlichen Vorhaben zurückzuweisen. Kammern, Verbände und Planende sind gemeinsam gefordert, diese Verantwortung zu tragen.

Diese Position kommt aus dem offenen Workshop
„Demokratie als Berufsauftrag: Haltung zeigen, Verantwortung übernehmen“



Impressum

Oktober 2026

Herausgeber:innen

Architektenkammer
Baden-Württemberg

+

Architektenkammer
Rheinland-Pfalz

+

Architektenkammer
des Saarlandes

+

nexture plus e.V.

+

Bundesarchitekten-
kammer e.V.
Askanischer Platz 4
10963 Berlin

Redaktion

Jakob Endemann
Lorenz Hahnheiser
Manuela Hering
Cathrin Urbanek
Clara Zimmermann

Gestaltung

4S, Berlin

Team

Architektenkammer Baden-Württemberg

Manuela Hering
Saskia Nehr
Peter Reinhardt

Architektenkammer Rheinland-Pfalz

Jana Krippleben
Annette Müller
Georg Stein

Architektenkammer des Saarlandes

Kim Ahrend
Carmen Palzer

Bundes- architektenkammer

Petra Schroer
Cathrin Urbanek

nexture+

Jakob Endemann
Lorenz Hahnheiser
Teresa Immler
Felix Jahn
Clara Zimmermann

